

Bekanntmachung

Vollzug der Wassergesetze;
Erlaubnis zur Einleitung (Versickerung) von gesammeltem Oberflächenwasser aus Kreuzungsneubau Waldstraße/BadFüssingerStraße mit Neubau Radwegeunterführung durch die Gemeinde Kirchham

1. Sachverhalt bzw. Vorhaben

Die Gemeinde Kirchham beantragt die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung (Versickerung) von gesammeltem Oberflächenwasser aus Kreuzungsneubau Waldstraße/BadFüssingerStraße mit Neubau Radwegeunterführung durch die Gemeinde Kirchham
Nach den Antragsunterlagen ergeben sich folgende Einleitungen:

Einleitungsstelle	Benutztes Gewässer	Gemarkung	Flur-Nr.
Mulden-Rigolen-Versickerung	Grundwasser	Kirchham	294/5

Die Details der beantragten Maßnahme können aus den Planunterlagen ersehen werden.
Für die beantragte Gewässerbenutzung ist eine Erlaubnis nach § 8 WHG erforderlich.

2. Auslegung

Die Planunterlagen für das Vorhaben liegen gemäß Art. 69 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i. V. m. Art. 73 Abs. 3 des Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG)

1 Monat in der Zeit vom

05.11.2024 bis 04.12.2024

in der Gemeindeverwaltung Kirchham, Kirchplatz 3, 94148 Kirchham
während der Dienststunden zur allgemeinen Einsichtnahme aus.
Die Planunterlagen/Antragsunterlagen können auch digital unter www.landkreis-passau.de
unter der Rubrik Bekanntmachungen „Wasserrecht“ eingesehen werden.
Maßgeblich sind aber der Inhalt der amtlichen Bekanntmachung und die zur Einsicht
ausgelegten Unterlagen in Papierform.

3. Einwendungsvorschriften

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (= bis 18.12.2024) schriftlich oder zur Niederschrift beim Landratsamt Passau, Domplatz 11, 94032 Passau, Zimmer 3.11, oder bei der Gemeinde Kirchham Einwendungen gegen das Vorhaben erheben.
Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

4. Erörterungstermin

Sofern Einwendungen erhoben werden, findet ein Erörterungstermin statt, der mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht wird.

Diejenigen, die Einwendungen erhoben haben, werden von dem Erörterungstermin schriftlich benachrichtigt.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Bei mehr als 50 Einwendungen findet die Benachrichtigung über den Erörterungstermin und über die Entscheidung hinsichtlich der Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung statt.

(Unterschrift)